

Ein Termin für die Wahlen wird der 19. Januar 1919 mit großer Mehrheit beschlossen.

Stärklicher Beifall bei der Mehrheit, Pfürze bei der Minderheit.

Vorsitzender Heinert: Diese Pfürze sind unwirksam. Jeder Delegierte hat das Recht, abzustimmen, wie er es verantworten kann.

Ein Antrag der Demokratischen Fraktion, der die Gewährleistung freier Wahlen verlangt und gegen die Ausschreibung polnischer Wahlen für deutsche Poststellen Einspruch erhebt, wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ein Antrag, der alle Absonderungsbestrebungen verwirft und eine große deutsche demokratische sozialistische Einheitsrepublik fordert.

Einen Antrag Däumig, das Räteystem zur Verfassungsgrundlage zu machen, hält der Vorsitzende durch die Abstimmung für die Nationalversammlung für erledigt, läßt aber schließlich noch eine besondere Abstimmung zu. Ueber den Antrag Däumig wird dann namentlich abgestimmt. Die Sitzung dauert fort.

Während der Beratung über die Nationalversammlung hatten die Unabhängigen sich unter großer Unruhe aus dem Saale entfernt, waren aber vor der Abstimmung dahin zurückgekehrt.

Ueberrumpelungsversuche Siebnechts.

Dem „Vorwärts“ zufolge beabsichtigt Siebnecht ein Ueberrumpelungsgroßes Stils. Siebnecht soll vor dem Abgeordnetenhaus erklärt haben, es sei Zeit, mit dem ganzen Auftrag des Rätekongresses ein Ende zu machen. Es ist beabsichtigt, die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen und gegen die Nationalversammlung und gegen den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte aufzumarschieren zu lassen.

Gegen die Terrorisierung des U. und S. Kongresses.

Zwischen den Soldatenräten der eingerückten Berliner Frontregimenter finden Beratungen statt, die eine militärische Aktion für die Reichsregierung gegen den Schritt der 30 Soldaten radikaler Richtung im Kongreß der deutschen U. und S. Räte zum Ziele haben. Auch die Potsdamer Garnison stellt sich der Reichsregierung zur Unterdrückung neuer Umstürze und Unruhebewegungen in der Reichshauptstadt zur Verfügung. Auch aus Frankfurt a. O. und aus Brandenburg wird eine gleiche Stellungnahme der Regimenter gemeldet.

Einkerbung des Reichsbürgertages.

Der Bürgererrat von Groß-Berlin beruft auf Grund zahlreicher Aufforderungen aus dem Reiche auf Sonntag den 5. Januar 1919 einen Reichsbürgertag nach Berlin ein, zu dem alle Bürgerräte usw. aus dem Deutschen Reiche und Österreich eingeladen werden, für je 100 000 Einwohner des von ihnen vertretenen Bezirks einen Delegierten, mindestens aber zwei Delegierte, zu entsenden.

Weitere Erschwerung der Lebensmittelversorgung.

Von dem amerikanischen Lebensmittelkontrollleur Hoover ist, wie das Reuters Bureau berichtet, ein Telegramm aus Paris in London eingetroffen, in welchem erklärt wird, daß die Forderung, welche Marshall Hoeh als Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes stellte, nämlich daß die 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffsraum, welche in deutschen Häfen liegen, in Gebrauch genommen werden, nicht in Hoovers Armen gestiftet wurde, wie es in dem deutschen Bericht über die Verhandlungen heißt, sondern im Namen der Alliierten und unter den von ihnen angeführten Bedingungen. Nach den Informationen des Reuters Bureaus läuft der Vorschlag nicht darauf hinaus, die 2 1/2 Millionen Tonnen ausschließlich zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu verwenden, wie man nach dem fraglichen Bericht annehmen könnte, sondern darauf, diesen Schiffsraum unter der Kontrolle der Alliierten mit den übrigen zu vereinigen.

Die Friedensberatungen der Entente.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Vorbereitungen der allierten Rabinette über die Friedensbedingungen sind seit Montag abgeschlossen. Die offiziellen Verhandlungen beginnen am 28. Dezember. Die japanischen Delegierten sind am Sonntag in Marseille angekommen. Die Pariser Börsen sind hoffnungsvoll und macht Börsengeschäfte zu einem angenehmen Friedenstermin am 1. Februar.

Unsere Feinde in Deutschland.

Gegen die U. und S. Räte.

Die U. und S. Räte nicht verhandlungsfähig.

Die „Times“ melden aus London: Die englische Regierung verbot dem englischen Oberkommando, mit Arbeiter- und Soldatenräten oder mit den von ihnen eingesetzten Volksbeauftragten des Deutschen Reiches zu verhandeln.

Der Kölner U. und S. Rat hat seine Tätigkeit eingestellt, nachdem die britische Besatzungsbehörde es abgelehnt hatte, mit ihm zu verhandeln. Demzufolge sind die der Regierung, dem Polizeipräsidenten und dem Oberbürgermeister zur Kontrolle beigegebenen Herren aus ihren Ämtern ausgeschieden.

Die in Wiesbaden eingerückten französischen Besatzungstruppen haben die dortigen Soldaten- und Arbeiterräte geschloffen und ihre Mitglieder verjagt. Der französische Befehlshaber erklärte, Arbeiter- und Soldatenräte seien als gemeingefährliche anarchistische Vereinigungen von den Alliierten nicht zuzulassen.

Die Adinische Zeitung meldet aus Solingen: Die belgische Besatzung hat die Einstellung der polen Fahnen und die Einführung der englischen Zeit angeordnet.

Die Engländer in Köln.

Vor dem britischen Polizeigericht in Köln hatten sich Hunderte von Kölnern zu verantworten, weil sie nach 9 Uhr abends auf der Straße

getroffen worden waren. Das Gericht verhängte Strafen von 30 bis 100 Mark. Für weitere Uebertretungen ist Freiheitsstrafe angedroht.

Wahlleistungen und Verhaftungen im Elsaß.

Die Wahlleistungen aus dem Elsaß mehren sich täglich. Nach Mitteilung der Deutschen Waffenstillstandskommission sind 15 weitere Personen in Straßburg verhaftet worden, darunter der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Straßburg Böhle, das Gemeinderatsmitglied Schulenburg und der Vorsitzende des von den Franzosen aufgelösten Soldatenrats Rehböhl. Alle Verhafteten befinden sich in einem Fort bei Straßburg.

Das Vorgehen des Verbandes gegen die U. und S. Räte.

Aus der neutralen Zone wurde von dem eingerückten französischen Besatzungskommando Befehl gegeben, die Delegierten der U. und S. Räte bei ihrer Rückkehr aus Berlin festzunehmen.

Wie die „Düsseld. Nachr.“ melden, hat der Britische Generalgouverneur in Köln angeordnet, daß sich im besetzten rechts- und linksrheinischen Gebiet die Arbeiterräte jeder Einwirkung in Staats- und Kommunalangelegenheiten, sowie der Einmischung in die Verwaltung zu enthalten haben. Die U. und S. Räte im besetzten Gebiet haben ihre gesamte Tätigkeit unerschütterlich einzustellen und etwa in Verbindung genommene staatliche oder kommunale Geschäfte sofort zu verlassen. Diejenigen U. und S. Räte, die den Anordnungen entgegenhandeln, sind sofort dem Generalgouverneur namhaft zu machen, der gegen sie einschreiten wird.

Der Standpunkt der Franzosen.

Aus Kaiserslautern wird gemeldet: Die französische Militärverwaltung vertritt den Standpunkt, daß alle seit dem 11. November erlassenen Gesetze der deutschen Regierung oder der Republik Bayern null und nichtig sind. Gesetze, die sich auf das Wirtschaftsleben beziehen, werden dem Marshall Hoeh zur Entscheidung über ihre Durchführung vorgelegt. Es liegen vor: Die Verordnung über den Acht-Stunden-Tag, über die Wahl zum Landtag und zur Nationalversammlung. Die preussische Regierung hat im Interesse der Rechtssicherheit und des Wirtschaftslebens an Hoeh die nötigen Vorschläge gemacht. Die französischen Kommandanten haben in verschiedenen preussischen Orten angeordnet, daß in den Volksschulen wöchentlich eine Stunde französischer Unterricht erteilt werde.

Die Völkerbundliga in Berlin

Eine Ansprache Erzbergers.

Wir haben von der Gründung einer Völkerbundliga in Berlin bereits kurz Mitteilung gemacht. Bei der Gründungsversammlung hielt nun der Staatssekretär Erzberger, der zum Vorsitzenden der Liga ernannt wurde, während dem Vorstände die namhaftesten Persönlichkeiten angehören, eine bemerkenswerte Rede, aus der wir folgendes hervorheben möchten:

„Als wir unsere Gegner zur Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ersuchten, geschah dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß der Rechtsfriede auf Grund der 14 Punkte des Präsidenten Wilson geschlossen werden soll. Unsere Gegner haben diese 14 Punkte fälschlich anerkannt. Präsident Wilson hat für diese das ganze Gewicht seiner politischen Persönlichkeit eingesetzt. Mit ihm werden wir gegen jede tendenziöse Auslegung irgend eines der 14 Punkte kämpfen, im festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg des Rechtes. Ein Völkerbund ohne Deutschland ist die Verewigung der internationalen Spannung, eine stete Kriegsgefahr, der Völkerbund gegen Deutschland ist offener Kriegszustand. Ein 70 Millionen-Volk kann nicht von der Organisation der Menschheit ausgeschlossen werden ohne die schwerwiegendsten Folgen für dieselbe Menschheit. Was wir wollen und erstreben, ist lediglich Gleichberechtigung mit den anderen Völkern, Teilhaberschaft an der Gemeinschaft zur Begründung und Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens. Das deutsche Volk trägt in seiner Geschichte tiefschmerzende Traditionen, die es für den Völkerbund in hoher Weise eignen. Die Gemeinschafts- und Rechtsliebe hat ihre tiefsten Wurzeln in der politischen und Rechtsgeschichte Deutschlands. Deutschland ist ein Staatenbund, seine Verfassung beruht auf dem Gedanken der Ein- und Unterordnung der einzelnen Glieder unter die Idee des Ganzen. Wenn aus der heiligen inneren Umwälzung die „Vereinigten Staaten von Deutschland“ entstehen, dann sind diese mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Natur nach die besten Wärgen für den Völkerfrieden. Die Deutsche Liga für den Völkerbund hat den Zweck, den Gedanken des Völkerbundes in Deutschland zu wecken und zu vertiefen.“

Die amerikanische Auffassung vom Frieden.

Die Londoner „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

- 1. Der Völkerbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden. 2. Die Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgesetzt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes militärische Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen. 3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgesetzt werden und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß. 4. Die Präliminarverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gemacht werden. 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Besessener zusammenkommen.

Sebe andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der das Hinterlassen, aus dem dann wieder neue Kriege entstehen könnten. Wie verhalten, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorge schlagenen Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit.

Eine treffliche Illustration zu der Völkerbundfrage bildet übrigens folgende Meldung aus London: „Morning Post“ erzählt, daß die Direktoren der Londoner Metallbörse den Ausschluß aller Mitglieder deutscher, österreichischer, ungarischer und türkischer, aber nicht den der Mitglieder armenischer und bulgarischer Abstammung nach dem 31. Dezember 1918 beschlossen haben.

Die polnische Gefahr.

Eine polnische Armee in Danzig gelandet.

Warschauer Meldungen zufolge sind polnische Truppen unter General Haller in Danzig gelandet. Die Armee soll 50 000 Mann stark sein.

Die polnische Gefahr darf, wie den „Politischen Parlam. Nachrichten“ versichert wird, nicht unterschätzt werden. Die Lage ist namentlich durch den Abbruch der Beziehungen, durch die Ausschreibung von Wahlen seitens der Warschauer Regierung in den deutsch-polnischen Teilgebieten und die Gefahr von Bandeninfällen wesentlich verschärft worden. Die preussische Regierung hält es für ihre Pflicht, sich über diese Frage mit der Reichsleitung ins Benehmen zu setzen. Das preussische Ministerkabinett wird sich voraussichtlich alsbald nach Schluß der Generaltagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte mit dieser Frage beschäftigen.

Deutschland und Spanien.

Die Anweisung der deutschen Botschaft aus Madrid.

Die spanische Regierung hat dem Berliner Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Botschafter Prinz Ratibor, Legationssekretär v. Stöcker, Militärattaché Major Kalle, Marineattaché Kapitänleutnant Steijan und Marineintendanturrat Grimm nicht mehr genehmigt seien. Prinz Ratibor und die genannten Mitglieder der deutschen Botschaft werden demnach ihre Rückreise nach Deutschland antreten. Als Geschäftsträger verbleibt der erste Sekretär der Botschaft, Botschafter Graf Bassewitz, in Madrid.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das Kabinett des Grafen Romanones sich von der Entente zu diesem Schritt hat bestimmen lassen, nachdem alle vorhergegangenen Regierungen Spaniens während der vier Jahre des Weltkrieges eine unparteiliche Neutralität aufrechtzuerhalten verstanden hatten.

Wilson und die Spanier.

Eine amtliche spanische Note gibt bekannt, daß Präsident Wilson die Einladung der spanischen Regierung zu einem Besuche Spaniens abgelehnt, aber den Wunsch ausgedrückt habe, sich mit dem Grafen Romanones zu besprechen, der zu einer Unterredung mit den Vertretern der englischen und italienischen Regierung, die sich gegenwärtig in Paris befinden, sowie mit der französischen Regierung nach Paris abgereist ist.

Das Wahlgesetz zur preussischen Konstituante. Der Wahlgesetz zur preussischen Nationalversammlung ist fertig und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Erkrankung Adolf Hoffmanns. Der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann ist an Lungenerkrankung erkrankt. Er befinde sich in Danzig.

Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin. Die Berliner Arbeitslosen steigen weiter. Bei dem städtischen Arbeitsnachweis der Gesamtindustrie sind jetzt nach 81 000 Personen angemeldet, der Verbandswahl der Metallarbeiter hat rund 7 000 Arbeitslose, der der Holzarbeiter etwa 6 000. Da auch die sämtlichen kleineren Gewerkschaften sehr hohe Arbeitslosenziffern haben, und da die Ziffern täglich steigen, muß die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen in Berlin mit 60 000 bis 70 000 veranschlagt werden.

Der Streik im Ruhrrevier beilegt. Sämtliche Bergarbeiterausstände im Ruhrrevier sind durch Verhandlungen unter Mitwirkung des Arbeiter- und Soldatenrates beigelegt. Es war dabei wiederholt zu ernstlichen Unruhen gekommen.

Zur Internierung Madensens. Zu den Vorwürfen, Ungarn belände durch die Internierung Madensens Unbestandigkeit, schreibt „Vesti Dixit“: Wir internieren Madensens, weil es uns besorgen würde, allein in unserem Herzen umarmen wir ihn. Die deutschen Vorwürfe beruhen uns schmerzlich. Wir antworten darauf: Die Deutschen erwarten Madensens nicht so sehr, wie wir ihn lieben lassen möchten, und auch andere Völkern für ihn nicht geringer. Deutschland aber, das jetzt nicht tun kann, was es möchte, Warte auch geduldet gegen uns sein, das, wie wir auch, leidende Besetzte sind.

Ganz Deutsch-Böhmen in tschechisches Hand. Mit der Besetzung von Reichenberg, Uger und Komotan sind nunmehr alle größeren Städte Deutsch-Böhmens in tschechisch-slowakischer Hand, und die nach Wien gestückelte deutsch-böhmische Landesregierung ist zur Machtlosigkeit verurteilt.

Protest Kozolts gegen die Besetzung Mittelungarns. Mittelpräsident Kozolt protestierte bei der Entente gegen die Besetzung Mittelungarns durch Slowaken und Rumänen. Für den Fall, daß diese Besetzung nicht rückgängig gemacht werde, erklärte Kozolt, zurücktreten zu wollen.

Stratetische Besetzung des Höheren Österreichischen Reiches im Arzago. Sämtliche Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses beantragten einen Bescheid über die Besetzung des Verantwortlichen und strafrechtlichen Verfolgung der Höheren Richter und ihrer Organe im gegenwärtigen Arzago. Eine oberste Kommission soll großes Versehen bei der Führung der Truppen oder andere schwere Verbrechen, insbesondere die Schand am Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Reiches macht im Herbst 1918 vorliegen.